

Statt weiteren Umfahrungen modernen ÖPNV fördern

Gegner der Umgehungen von Dormitz und Neunkirchen schreiben an Ministerpräsident Markus Söder und Verkehrsministerin Ilse Aigner

Die Planfeststellungsverfahren und damit die Planungen für die Ortsumfahrungen von Dormitz und Neunkirchen am Brand sollen eingestellt werden. Das fordern fünf Organisationen in je einem Schreiben an Ministerpräsident Markus Söder und Verkehrsministerin Ilse Aigner.

NEUNKIRCHEN AM BRAND/ DORMITZ – Das „Bündnis besorgter Bürger“ wendet sich an Söder mit dem Satz „Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident Dr. Söder, sprechen sich für die Verminderung des Flächenverbrauchs aus. Mit dem Stopp dieser zwei sinnlosen Projekte würden Sie Ihre Aussage mit einer Signalwirkung für die Wähler des Landtages in die Tat umsetzen und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in Ihre Partei stärken.“

Veraltete Planung

Seit den 1960er Jahren würden die Planungen für die Ortsumgehungen betrieben. Sie stünden verkehrstechnisch im Zusammenhang mit der nach Erlangen hin gerichteten Umfahrung von Uttenreuth und Buckenhof. Die Pläne für Umfahrungen von Uttenreuth/Buckenhof seien jedoch längst ad acta gelegt. Dennoch werde ausdauernd an der Planung der beiden östlich liegenden Umfahrungen gearbeitet, für die annähernd 50 Hektar Land verbraucht würden. Das entspreche weder den aktuellen Erkenntnissen zum Individualverkehr noch moderner Stadtplanung.

Über 500 Bürger hätten sich deziert gegen die Umfahrung von Dormitz ausgesprochen, über 1400 gegen die Umfahrung von Neunkirchen am Brand. Seit Jahren engagierten sich zahlreiche Bürgerinnen und Bürger

für den Erhalt der Natur und der Lebensqualität.

Wer glaubhaft die Zukunftsfähigkeit bäuerlicher Betriebe erhalten wolle, dürfe nicht gleichzeitig den Entzug der Produktionsgrundlage der Landwirte hinnehmen. Auch die von Söder formulierten Ziele, neue Wege bei der Luftreinhaltung zu gehen und den ÖPNV stärken zu wollen, würden sich, so das Schreiben, nicht mit den genannten Umfahrungen vertragen, die den Individualverkehr fördern und so die Umweltziele konterkarieren würden.

Ins Detail geht das Bündnis von „MUNK“, IG Landwirte Dormitz, Initiative der Grundbetroffenen gegen die Westumgehung, der Bund Naturschutz in Bayern und die BI Umweltverträgliche Mobilität im Schwabachtal in ihrem Brief an die Verkehrsministerin. In den bisherigen Antwortschreiben aus dem Ministerium sei stets lapidar darauf verwiesen worden, man möge die Ergebnisse der Prüfungen durch das zuständige Staatliche Bauamt abwarten. Dagegen fordert das Bündnis Ministerin Ilse Aigner auf, die geplanten Ortsum-

fahrungen östlich von Erlangen einer aktuellen politischen und inhaltlichen Prüfung zu unterziehen. Es gelte zu verhindern, dass Fehlentwicklungen unumkehrbar werden und eine Fehlplanung zu gravierenden Fehlinvestitionen führe.

Das Argument „Freie Fahrt für Lkw“, das bisher von der Staatsregierung vorgebracht wurde, ist nach Auffassung des Bündnisses bereits überregional gelöst, nämlich durch die Entwicklung der A 73. Ein Ausbau der Ortsumfahrungen würde weitere Ortsdurchfahrten unnötig stark

belasten (Effeltrich, Kleinsendelbach und Forth). Der regionale Lkw-Verkehr komme mit der bestehenden Situation gut zu recht, heißt es im Brief.

Eine weitere Reduzierung der Ackerflächen könne zu einer existenzbedrohenden Lage für die Landwirte führen. Die Erhaltungsgebiete Naturpark Fränkische Schweiz – Veldensteiner Forst würden durch die Umfahrungen einer scheinbaren wirtschaftlichen Notwendigkeit geopfert. Menschen würden Erholungsraum, Tiere Rückzugsräume verlieren.

Ostast der StUB

Zur Reduzierung des Individualverkehrs und damit des gesamten motorisierten Verkehrsaufkommens empfiehlt das Bündnis, auch den Ostast der Stadt-Umland-Bahn über Buckenhof, Uttenreuth und Dormitz bis Neunkirchen am Brand mitzuplanen – und langfristig eine Fortführung bis Eckental und Gräfenberg ins Auge zu fassen. Diese weiträumige

Sichtweise könne vom Staatlichen Bauamt in Oberfranken nicht erwartet werden, da dieser Entwicklungsraum sowohl Ober- als auch Mittelfranken betreffe.

„Die bayerische Regierung steht nun am Scheideweg: weg vom steigenden Autoverkehr (noch mehr Umfahrungen), hin zu optimaler Mobilität bei wachsender Wohnqualität und moderner Förderung des nordöstlichen Entwicklungsraumes der Metropolregion Nürnberg.“ Das Bündnis bittet den Ministerpräsidenten und die Ministerin um das „Gegensteuern zum Klimawandel, um den Erhalt der kleinbäuerlichen Landwirtschaft und eine tatsächliche Wende in der bisherigen Verkehrspolitik“.

DIETER KÖCHEL



Verschiedene Aktionen mit Musikveranstaltungen, Spaziergängen entlang der geplanten Umgehungstrassen, aber auch Transparente, Plakate und Schilder wie diese bekunden, dass bei weitem nicht alle Bürger die Umgehungsstraßen wollen. Foto: Dieter Köchel